

JORDANIEN - FRAUEN - TRÄGERINNEN DER NACHHALTIGEN ENTWICKLUNG

THOMAS GEBHARD ||

Letzten Schätzungen zufolge leben in den MENA-Staaten ("Middle East & North Africa States") derzeit rund 380 Millionen Menschen. Dies entspricht einer Quote von rund 5,4 Prozent der Weltbevölkerung, die aktuell mit 7,1 Milliarden beziffert wird. Die Zahl der in den MENA-Staaten lebenden Menschen hat sich in den zurückliegenden 50 Jahren annähernd vervierfacht, was deutlich über dem Wachstum der Weltbevölkerung liegt (diese hat sich im gleichen Zeitraum knapp verdreifacht).

Im Königreich Jordanien hat sich die Bevölkerung im Zeitraum von 1962 - 2012 sogar mehr als versiebenfacht, von rund 900.000 Menschen im Jahre 1962, auf in etwa 6,4 Millionen zum Ende des Jahres 2012.¹ Das weit überdurchschnittlich hohe Bevölkerungswachstum ist den verschiedenen Flüchtlingsbewegungen, die im Betrachtungszeitraum stattgefunden haben, geschuldet. Mehr als 50 Prozent der jordanischen Bevölkerung ist palästinensischer Abstammung, je fünf bis acht Prozent sollen aus dem Irak bzw. aus Syrien kommen.

Ende des Jahres 2012 waren knapp 59 Prozent der jordanischen Bevölkerung jünger als 25 Jahre, mehr als 37 Prozent sogar jünger als 15 Jahre. Zum gleichen Zeitpunkt befanden sich rund 59 Prozent der Bevölkerung im berufstätigen Alter (15-64 Jahre), und der Anteil der über 65-jährigen lag bei weniger als vier Prozent. Das Durch-

schnittsalter der jordanischen Bevölkerung lag Ende 2012 bei nur knapp über 20 Jahren.^{2,3}

Bildungs- und Berufschancen

Zur MENA-Region gehören Länder, die im Hinblick auf Chancengleichheit, Gleichstellung, Gleichberechtigung sowie politische Repräsentation und wirtschaftliche Teilhabe von Frauen auf den hintersten Plätzen zu finden sind und bei den diesbezüglich ermittelten Indizes mit die schlechtesten Werte aufweisen.

Die größten Fortschritte können diese Länder im Bereich der Bildung vorweisen (was die Grundbildung sowie den Besuch weiterführender Schulen und Universitäten angeht, so sind Mädchen heute wesentlich weniger benachteiligt als sie es bis vor wenigen Jahren noch waren). Dies hängt unter anderem damit zusammen, dass durch eine Erhöhung der Investitionen in den Bildungsbereich die entsprechenden Kapazitäten zum Teil deutlich erweitert worden sind, und in vielen der Länder eine allgemeine Schulpflicht, auch für Mädchen, eingeführt worden ist. In den finanziell besser gestellten und aufgeklärteren Bevölkerungsschichten war die Benachteiligung von Mädchen auch schon in der Vergangenheit deutlich seltener festzustellen als zum Beispiel in den Bevölkerungsschichten, in denen die Eltern entweder aus finanziellen

Gründen eine Abwägung zwischen dem Schulbesuch der Söhne oder dem der Töchter haben vornehmen müssen und dann zumeist den Söhnen den Vorzug gegenüber den Töchtern gäben, oder aber aus kulturellen, traditionellen und teilweise auch religiösen Gründen den Schulbesuch und die Ausbildung ihrer Töchter ablehnten.

Schwierig wird es hingegen bis heute, wenn Mädchen bzw. Frauen im Anschluss an ihre Ausbildung einen Beruf ergreifen wollen. Zu dem ohnehin knappen Arbeitsplatzangebot kommen dann die häufig noch bestehenden, überwiegend kulturell und traditionell begründeten Vorbehalte zum Tragen, die dazu führen, dass Jungen bzw. Männer vorrangig gegenüber Mädchen bzw. Frauen eingestellt werden. Zumal durch ein in den meisten Ländern der MENA-Region bestehendes Geflecht aus Beziehungen und Vetternwirtschaft, im Arabischen „Wasta“ genannt, Qualifikationen und Leistungen vielfach in den Hintergrund treten und eine ganze Reihe von Berufen für Mädchen bzw. Frauen als unschicklich angesehen werden (Stichwort „Culture of Shame“). Letztgenanntes gilt auch für eine Reihe von Berufen für Männer.

Gesellschaftliche Stellung

Was die politische, wirtschaftliche und zum Teil auch gesellschaftliche Integration von Frauen angeht, so liegt die Mehrzahl der Länder der MENA Region im internationalen Vergleich immer noch weit zurück. Unterstellt, es habe Anstrengungen gegeben, diese Integration zu verbessern, dann kommt man nicht umhin feststellen zu müssen, dass viele Länder der MENA-Region damit bisher nicht sehr erfolgreich waren. Sollten die diesbezüglichen Bemühungen jedoch nicht mit genügend Nachdruck verfolgt worden sein, so bleibt nur, an dem Willen, die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter verbessern zu wollen, zu zweifeln. Die Frage, ob für dieses Scheitern die jeweiligen Regierungen, Parlamente und/oder aber die zum Teil noch

immer sehr traditionell, kulturell und auch religiös geprägten Gesellschaften verantwortlich sind, ist damit allerdings nicht beantwortet.

Mit Blick auf die Gleichstellung der Geschlechter hat Jordanien im Jahr 2012 im Bereich Bildung Rang 82, im Bereich Politik Rang 118 und im Bereich Wirtschaft gar nur den Rang 126 eingenommen. Der Durchschnittswert des so genannten „Gender Gap Index“ wird für Jordanien, das Jahr 2012 betreffend, mit 0,6103 angegeben (jeweils von insgesamt 135 untersuchten Ländern). Im Vergleich der letzten sieben Jahre, das heißt von 2006 - 2012, ist für Jordanien eine fast kontinuierliche, relative Verschlechterung von Rang 93 im Jahre 2006, bis auf Platz 126 im Jahre 2012 festzustellen. Da der Durchschnittswert in den Jahren 2006 und 2012 nahezu identisch war (0,6109 in 2006 gegenüber 0,6103 in 2012), heißt dies nichts anderes, als dass sich andere Länder verbessert, Jordanien hingegen absolut gesehen stagniert und relativ gesehen (deutlich) verschlechtert hat. Da kann es für Jordanien nur ein schwacher Trost sein, dass mit Libanon, Oman, Ägypten, Marokko, Saudi-Arabien, Syrien und Jemen eine Reihe von MENA-Staaten noch schlechter platziert sind, zumal klassische Entwicklungsländer wie Mosambik, Uganda, Bolivien, Ecuador, Bangladesch oder auch Indien, um hier nur einige zu nennen, um zum Teil mehr als 100 Plätze weiter vorn rangieren (Mosambik auf Platz 23, Uganda auf Platz 28, Bolivien und Ecuador auf den Plätzen 30 und 33 sowie Bangladesch und Indien auf den Plätzen 86 und 105).⁴

Die Stellung der Frau ist in den Gesellschaften der Länder der MENA-Region, wie in vielen anderen Gesellschaften auch, von drei wesentlichen Faktoren geprägt: Von der Kultur, von der Tradition und von der Religion. Hierbei ist nicht immer zweifelsfrei auszumachen, welcher der drei vorgenannten Faktoren für ein bestimmtes Verhalten ursächlich ist. Am offensichtlichsten wird dies an der Diskussion um das Tragen eines

Kopftuchs von Frauen in der arabischen Welt bzw. in Ländern, die durch den Islam geprägt sind. Während die einen das Tragen des Kopftuchs im Koran und damit in der Religion verorten, sehen andere darin einen Ausdruck der jeweiligen Kultur und die Folge einer jahrhundertealten Tradition. Bei dieser nicht selten sehr emotional geführten Diskussion ist man nicht ohne Grund geneigt, salomonisch zu urteilen und festzustellen, dass am Ende eine Mischung aus Kultur, Tradition und Religion der Grund dafür ist, dass viele muslimische Frauen ein Kopftuch tragen. Ungeachtet dessen ist erheblicher als die Klärung der Frage, ob das Tragen des Kopftuchs auf die Religion, die Kultur oder die Tradition zurückzuführen ist, die Antwort auf die Frage, ob die Frau das Kopftuch aus freien Stücken trägt oder ob sie es trägt, weil sie familiärem und/oder gesellschaftlichem Druck ausgesetzt ist.

Analog dem Tragen eines Kopftuchs verhält es sich auch mit anderen Dingen, die bisweilen nicht nur auf Unverständnis oder gar Kritik stoßen, sondern die auch nicht immer mit internationalen Konventionen in Übereinklang stehen (insbesondere was Menschen- bzw. Frauenrechte anbelangt). Insbesondere die arabischen bzw. vom Islam geprägten Staaten verweisen immer wieder darauf, dass viele der Konventionen der Vereinten Nationen vom westlichen Zivilisationsmodell geprägt sind und von daher nicht auf die Länder des Nahen und Mittleren Ostens übertragen werden können, gleichwohl sie die meisten der so beanstandeten Konventionen unterschrieben haben.

Wenn man die Religion einmal für einen Moment zurückstellt, so kommt man bei den vorgenannten Themen nicht darum herum feststellen zu müssen, dass es sich in nicht wenigen dieser Fälle um sehr asymmetrische Diskussionen handelt. Auf der einen Seite Vertreter aufgeklärter und moderner Staaten, wie man sie aus dem Westen bzw. aus bereits weiter entwickelten Gesellschaften kennt, und auf der anderen Seite Vertre-

ter aus Ländern, in denen ein mittelalterlich anmutendes Rollenbild noch tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Die Politik und die Gesellschaftsformen im Nahen und Mittleren Osten werden diesbezüglich immer an erster Stelle genannt, gleichwohl sich dafür auch in anderen Regionen der Welt Beispiele finden lassen.

Weltweit gibt es viele Millionen Mädchen und Frauen, die nur dann als Menschen wahrgenommen werden, wenn sie entweder Tochter, Schwester, Mutter oder Ehefrau sind. Sind diese Mädchen und Frauen jedoch einer der vorgenannten Beziehungskategorien beraubt, werden sie schnell nicht mehr als Menschen, sondern nur noch als (unbezahlte) Arbeitskräfte, Objekte der Begierde oder schlichtweg Körper für männliches Vergnügen gesehen, wie der indische Psychoanalytiker und Schriftsteller Sudhir Kakar feststellt.⁵

In der MENA-Region bzw. in der arabischen Welt findet spätestens seit dem Ausbruch des Arabischen Frühlings etwas statt, was man durchaus auch als Kulturkampf bezeichnen kann. Bei den seit Dezember 2010 bzw. Januar 2011 stattgefundenen und bis heute stattfindenden Protesten, Demonstrationen und Auseinandersetzungen geht es nicht nur um mehr politische Partizipation, um bessere Zukunftsperspektiven und insgesamt um ein besseres Leben, sondern es geht auch darum, nach welchem Wertesystem die Menschen in den betroffenen Ländern künftig leben wollen. Dass diesbezüglich die Religion, bzw. deren Stellenwert in der Gesellschaft, eine große Rolle spielt, verwundert in vom Islam geprägten Staaten nicht. Der Islam, genauer gesagt nicht wenige seiner Vertreter, erheben den Anspruch, dass die Religion sowohl für das Privatleben als auch für das öffentliche Leben und den Staat als Ganzes die alleinige und verbindliche Richtschnur zu sein hat. Die Trennung von Staat und Religion, bzw. der Verweis der Religion ins Private, wird überwiegend abgelehnt. Säkularismus wird als unislamisch bezeichnet und

diesbezüglich Erreichtes bisweilen wieder revidiert, wie man in den zurückliegenden Jahren in der Türkei hat beobachten können.

In der arabischen Welt und auch in Jordanien sind nicht als gering zu bezeichnende Teile der Gesellschaft einem Frauenbild verhaftet, dass man als anachronistisch bezeichnen kann. Von einem teilweise mittelalterlichen Rollenbild zu sprechen scheint nicht übertrieben. Da es Vergleichbares auch in anderen Ländern gibt, wäre es jedoch falsch, zum Beispiel das Thema „Gewalt gegen Frauen“ als ein Problem anzusehen, von dem nur vom Islam geprägte Gesellschaften betroffen sind.

Gewalt gegen Frauen ist so sehr ein kulturelles und kein religiöses Problem wie es andere Themen, Frauen betreffend, auch sind. Belästigungen, Vergewaltigungen sowie Ehrenmorde und Zwangs- und Kinderhehen finden unabhängig von der Religionszugehörigkeit statt. Religiöse Texte dienen hierbei allerdings nicht selten als Begründung für ein bestimmtes Verhalten. Die Auslegung derartiger Texte kann in manchen Gesellschaften in der drastischen Formulierung „der Mann ist alles, die Frau ist nichts“ zusammengefasst werden. Die Geburt eines Mädchens ist in diesen Gesellschaften eine Bürde, da deren Verheiratung mit hohen Kosten verbunden ist. Auf Anerkennung können Frauen in diesen Gesellschaften nur dann hoffen, wenn sie einen Stammhalter gebären. Entsprechend werden Söhne sehr oft vergöttert und verwöhnt, gleichzeitig aber auch mit einem Frauenbild konfrontiert und aufgezogen, das es ihnen nicht leicht macht, ein unverkrampftes Verhältnis zum anderen Geschlecht aufzubauen. Kommt dann noch hinzu, was in öffentlichen Schulen in arabischen bzw. vom Islam geprägten Gesellschaften durchaus üblich ist, nämlich dass Jungen und Mädchen spätestens ab dem 12. Lebensjahr auf streng getrennten Schulen unterrichtet werden, so verfestigt sich in der für das Heranreifen der Jugendlichen so wichtigen Pubertät das, was vieler-

orts in der Familie begonnen hat. Im Rahmen der politischen Beratungen zu den Hintergründen der Unruhen und gewalttätigen Ausschreitungen, die es seit 2012 bis heute, an einer ganzen Reihe von Universitäten in Jordanien gibt, wurde unter anderem vorgeschlagen, auch die Universitätsausbildung strikt nach dem Geschlecht getrennt zu organisieren.

Trotz des bisher Geschriebenen darf nicht übersehen werden, dass gerade in den großen Städten aber auch eine neue Generation von Mädchen und Frauen heranwächst. Langsam, aber stetig. Mädchen und Frauen, die aus den Zwängen ihrer jeweiligen Gesellschaft ausbrechen, die arbeiten und auf Partys gehen, die Alkohol trinken und rauchen, die alleine wohnen und westliche Kleidung tragen und bisweilen auch nicht davor zurückschrecken, Sex vor der Ehe zu haben. Dass sie damit gegen die Regeln ihrer Gesellschaften verstoßen, ist ihnen egal. Sie provozieren und sie wollen provozieren, und das zuvorderst die Eltern, Brüder und Männer, die um ihre traditionellen Machtpositionen fürchten und sich oft nur mit Gewalt zu wehren wissen. Das Denken in derartigen Gesellschaften ist nicht selten so, dass die Schuld für die daraus erwachsende Gewalt den Opfern, das heißt den Frauen gegeben wird. Immer wieder kommt es vor, dass am Ende nicht die Täter, sondern die Opfer bestraft werden (weil sie es waren, die die Täter provoziert bzw. in ihrer Ehre verletzt haben). Anwendung von Gewalt oder gar Mord zur Wiederherstellung der Ehre ist etwas, womit sich ja auch das deutsche Rechtssystem zunehmend auseinandersetzen muss.

Wenn man über die Rolle der Frau in Familie und Gesellschaft spricht und über Frauen als Trägerinnen der nachhaltigen Entwicklung nachdenkt, dann sollte man vor Augen haben, dass nicht wenige Gesellschaften auf der Welt zumindest in Teilen noch in einem Rollenbild verhaftet sind, das mit dem Deutschlands, Europas und des Westens nicht vergleichbar ist.

Mit Bezug auf Jordanien heißt das, dass dem Recht auf Bildung zwar geschlechterübergreifend Geltung verschafft worden ist, und dass junge Frauen mehr als 50 Prozent der Hochschulabgänger ausmachen. Es heißt aber auch, dass nach Schule und Studium lediglich 17 Prozent aller Frauen eine Tätigkeit aufnehmen (dies ist die zweitniedrigste Quote in der gesamten arabischen Welt. Lediglich im Jemen ist diese Quote noch niedriger als in Jordanien). Die Gründe dafür sind nicht alleine, dass das Stellenangebot zu gering ist. Eine wesentlichere Rolle spielt, dass immer noch viele Männer erwarten, dass sich ihre Frauen der Kindererziehung und dem Haushalt widmen, anstatt einer Arbeit nachzugehen. Ein zweites Handicap ist, dass eine ganze Reihe von Berufen in der jordanischen Gesellschaft ein derart schlechtes Ansehen genießen, dass niemand in ihnen arbeiten möchte. Männer nicht - und noch viel weniger Frauen. Neben handwerklichen Berufen für Männer, trifft dies für Frauen auf die meisten Berufe im Dienstleistungssektor zu.

In der Politik sind Frauen in Jordanien zwar vertreten, in nennenswerter Größenordnung allerdings nur dort, wo es eine entsprechende Quote gibt. So gehören dem am 23. Januar 2013 neu gewählten jordanischen Abgeordnetenhaus derzeit 18 Frauen an (von insgesamt 150 Sitzen, was einer Quote von zwölf Prozent entspricht). 15 der insgesamt 18 Frauen haben ihren Abgeordnetensitz der Frauenquote zu verdanken. Drei weitere Frauen wurden über die nationale Liste bzw. ein Direktmandat auf Ebene der Distrikte ins Parlament gewählt. In der Regierung bekleidet aktuell eine Frau ein Ministeramt (Sozialministerium). Früheren Regierungen haben bis zu drei Frauen angehört, was einer Quote von zehn Prozent entsprochen hat. In der zweiten Kammer des jordanischen Parlaments, dem vom König ernannten Senat, entspricht der Anteil von Frauen in etwa dem des Abgeordnetenhauses.

Die Wirtschaft ist in den Führungspositionen ebenfalls überwiegend fest in männlicher Hand. Auf der Ebene unterhalb der höchsten Führungspositionen findet man jedoch sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft zunehmend auch Frauen, deren Arbeit Anerkennung findet und die auch öffentlich gewürdigt wird. Es wäre von daher falsch, in Abrede zu stellen, dass in Bezug auf die Gleichstellung und die Gleichberechtigung der Geschlechter auch in Jordanien eine Entwicklung stattfindet.

Projekte der HSS

Die Hanns-Seidel-Stiftung führt in Jordanien ein Programm mit dem Queen Zein Al-Sharaf Institute for Development - ZENID durch, um die Rolle von Frauen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Familie zu stärken. Es wendet sich insbesondere an Frauen, die in ländlichen Regionen oder in sozial benachteiligten Stadtteilen der Ballungszentren Amman, Zarqa und Irbid leben.

Den Teilnehmerinnen wird vermittelt, wie sie selbst Maßnahmen zur Veränderung ihrer Lebenssituation in Gang setzen können. Spezielle Bildungsangebote, die beispielsweise Gesprächs- und Verhandlungsführung beinhalten, stärken das Selbstvertrauen. Im Rahmen des „Participatory Rural Appraisal Ansatzes“ lernen die Teilnehmerinnen die Ursachen ihrer Lage zu analysieren sowie korrigierende Handlungen zu planen, durchzuführen und vor allem zu bewerten.

Maßnahmen, in denen überwiegend Theorie vermittelt wird, wechseln sich mit Maßnahmen ab, in denen die Frauen selbst aktiv werden. Nicht zuletzt werden die Frauen im Rahmen des oben dargestellten Ansatzes dabei unterstützt, eigenständig Initiativen und kleine Geschäftsideen zu entwickeln, deren Umsetzung geeignet sind, Einkommensmöglichkeiten zu eröffnen.

Eine Entwicklung, die zwar nur langsam von statten geht, die auch immer wieder mit Rückschlägen verbunden ist und die man bei weitem noch nicht als flächendeckend bezeichnen kann, eine Entwicklung aber auch, die selbst in ländlichen und noch sehr traditionell geprägten Regionen nicht zu verkennen ist.

In dem Bereich der Gleichstellung der Geschlechter und der Stärkung der Rolle von Frauen hat die jordanische Politik 2011 die große Chance vertan, die Gleichheit von Frauen auch in der Verfassung zu verankern. Obwohl die vom jordanischen König Abdullah II. eingesetzte Kommission zur Überarbeitung der Verfassung vorgeschlagen hat, die Gleichheit und ein Diskriminierungsverbot von Frauen in Artikel 6, Abs. 1 der Verfassung festzuschreiben, hat dies die Mehrheit der 120 Mitglieder des jordanischen Abgeordnetenhauses abgelehnt. Entsprechend groß war die Enttäuschung bei Frauenorganisationen und deren Unterstützerguppen. Einmal mehr wurden im Nachgang kulturelle und traditionelle Vorbehalte gegen die Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen als Argument dafür vorgebracht, sodass Jordanier heute zwar nicht nach ihrer Herkunft, Sprache und Religion benachteiligt werden dürfen, nach dem Geschlecht aber offenbar schon. Dass es der jordanischen Politik im Rahmen der immer wieder betonten Reformen, die mit Ausbruch des Arabischen Frühlings einmal mehr ausgerufen worden sind, nicht gelungen ist, diesen wichtigen und sicher auch symbolträchtigen Schritt zur Gleichstellung der Geschlechter zu vollziehen, kann mit Blick auf das Erreichen des Millenniumsentwicklungsziels 3 der Vereinten Nationen, Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Förderung der Frauen, nur als Rückschlag bezeichnet werden.

Ausblick

Der Arabische Frühling hat in einer Reihe von Ländern die Karten neu gemischt. Nachdem es anfänglich so aussah, als ob überwiegend säkulare Kräfte in einer Reihe

von Ländern die Oberhand gewinnen könnten, hatten die bisher stattgefundenen Wahlen in Marokko, Tunesien und Ägypten das Gegenteil zur Folge. Bisher überwiegend säkular geführte Staaten wie Tunesien und Ägypten haben eindeutig islamistisch bzw. religiös motivierte Regierungen erhalten, und in dem bisher als säkular zu bezeichnen gewesenen Syrien scheint es nur noch darum zu gehen, wie religiös die syrische Gesellschaft in der Zeit nach Bashar al-Assad sein wird (eine gewisse Analogie zu den Ereignissen im Irak, nach dem Sturz Saddam Husseins, ist nicht zu verkennen).

Zwischenzeitlich deutete auch einiges darauf hin, dass stärker religiöse, das heißt islamische Bindungen politischer Führer dazu führen, dass Fortschritte in Bezug auf die Gleichstellung und Gleichberechtigung der Geschlechter wieder zurückgeführt werden und künftig schwieriger zu erreichen sein dürften. Galt es bisher, überwiegend kulturelle und traditionelle Vorbehalte zu überwinden, könnten künftig in einer Reihe von Ländern auch mehr Vorbehalte zu überwinden sein, die religiöser Natur sind.

Ob und in welchem Maße Frauen in der Zukunft nicht nur in arabischen bzw. vom Islam geprägten Gesellschaften eine Rolle als Trägerinnen einer nachhaltigen Entwicklung werden spielen können, wird von der weiteren politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in diesen Ländern abhängen. Auch wenn man davon ausgehen muss, dass erzielten Erfolgen auch wieder Rückschläge folgen werden, so besteht doch Grund zur Hoffnung, dass sich langfristig eine Entwicklung durchsetzen wird, die Mädchen und Frauen den ihnen zustehenden Platz in der Gesellschaft zugesteht und Frauen eine größere Rolle bei den Anstrengungen zu einer nachhaltigeren Entwicklung spielen lässt.

Der Einfluss des weiter zunehmenden ökonomischen Drucks, der immer mehr Menschen zugänglichen neuen Medien und des sich, wenn auch langsam, so doch kon-

tinuierlich verbessernden Bildungsniveaus, sollte mit Blick auf die Erreichung des vorgenannten Ziels nicht unterschätzt werden.

|| THOMAS GEBHARD

Auslandsmitarbeiter Jordanien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Department of Statistics, Jordan; URL http://www.dos.gov.jo/dos_home_e/main/ [10.05.2013].
- 2 Vgl. Ebd.
- 3 Vgl. The World Bank Group, Washington; URL <http://data.worldbank.org/region/MNA> [10.05.2013].
- 4 Vgl. World Economic Forum (2012): The Global Gender Gap Report 2012, S. 8-11 u. 218-219; URL http://www3.weforum.org/docs/WEF_GenderGap_Report_2012.pdf [28.05.2013].
- 5 Vgl. Möllhoff, Christine (2013): Der Mann ist alles, die Frau zählt nichts, in: Stuttgarter Zeitung, 06. April 2013.